

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Dieter Sauberzweig, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungswesen, stellt fest, daß sich die Veränderung der Bildungslandschaft sehen lassen kann: Die Opposition beklagt die Erfolge. Seite 1-4

Peter Schellschmidt, stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes, zu den Enthüllungen des zweiten Teils der Wienerwald-Rede des CSU-Vorsitzenden: Wo bleibt der Hilferuf der CDU? Seite 5

Dokumentation  
Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, antwortet dem bayerischen Innenminister Tandler: Ein politischer Skandal. Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 71 / 14. April 1980

Die Opposition beklagt die Erfolge

Die Veränderung der Bildungslandschaft kann sich sehen lassen

Von Dieter Sauberzweig  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungswesen

Der Wahlslogan "Freiheit oder Sozialismus" hat der CDU im Kampf um die Macht nichts genützt; aber nachdem nun fast vier Jahre vergangen sind und wieder ein Wahlkampf bevorsteht, dürfen wir wohl danach fragen, was die CDU uns denn Positives versprochen hat. Schließlich nicht mehr und nicht weniger als "Freiheit". Die Freiheit an sich ist etwas, was wir alle wollen; diejenigen, die es nicht zu haben meinen, streben danach, diejenigen, die sich in ihrem Besitz wähnen, wollen sie erhalten.

Wenn also eine Partei oder eine Union sich hinstellt und lauthals Freiheit verkündet, in deren Besitz sie allein sei und die die anderen gefährdeten, ist es nur fair, wenn man sie an ihrem eigenen Anspruch mißt. Beispielhaft kann man das an verschiedenen Bereichen etwa der Bildungspolitik tun. Sie ist zu einem guten Teil Ländersache. Die Union trägt in einigen Bundesländern Verantwortung. Wenn wir ihre Politik auf diesem Feld untersuchen, können wir herausfinden, ob sie die versprochene Freiheit hervorgebracht hat oder nicht. Oder wir können herausfinden, ob der christ-demokratische Begriff von Freiheit ein anderer ist als unser sozialdemokratischer.

Denken wir einmal zehn Jahre zurück, als die SPD/FDP-Koalition für den Bund gerade die Verantwortung übernommen hatte. Eine Bildungsreform aus einem Guß, ein einheitliches demokratisches Bildungssystem von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung, sollte den "Verfassungsgrundsatz der Chancengleichheit" (Bildungsbericht 1970) verwirklichen. Willy Brandt formulierte damals als Bundeskanzler: "Nichts kennzeichnet eine Gesellschaft treffender als die Bildung ihrer Bürger". Richtschnur für die Finanzierung dieses Vorhabens war ein Bildungsetat, der acht Prozent des Brutto-sozialprodukts betragen sollte.

Damit wurde ein wichtiger bildungspolitischer Aufbruch in unserer Gesellschaft eingeleitet. Wir wollten die Öffnung des



Bildungswesens für alle, insbesondere für die bisher benachteiligten Schichten in unserer Bevölkerung. Wir wollten uns nicht mehr länger damit abfinden, daß die soziale Herkunft maßgeblich den Schulerfolg und damit auch den Erfolg im Beruf beeinflusste. Die Lern- und Begabungsforschung zeigte uns, daß die regionale Herkunft, die konfessionelle Zugehörigkeit, die Familiengröße und auch das Geschlecht für Erfolg oder Mißerfolg in der Schule maßgeblich waren. Sie lehrte uns zugleich, daß Begabung und Leistungsfähigkeit nicht etwas Unveränderbares und Überkommenes sind, sondern von Milieu und Umgebung, vor allem aber von entsprechender Anregung und Förderung abhängen. Mit diesen Erkenntnissen und unter diesen Zielsetzungen wurde die Bildungsreform eingeleitet. Diese Bildungsexpansion war nicht das Ergebnis einer Planung vom grünen Tisch aus; sie entsprach vielmehr einem breiten gesellschaftlichen Bedürfnis und hatte das im Grundsatz politisch weithin unbestrittene Ziel, die Teilhabe von bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen an besseren Bildungschancen zu gewährleisten.

Vom politischen Gegner wurde die Expansion unserer weiterführenden Schulen und Hochschulen später als Sündenfall und als angebliche Folge einer übertriebenen Bildungswerbung bezeichnet. Demgegenüber aber muß festgestellt werden, daß die sozial-liberale Koalition eine Veränderung der Bildungslandschaft herbeigeführt hat, die sich sehen lassen kann. Dafür nur wenige Zahlenbeispiele:

1965 war der Anteil der Abiturienten an einem Geburtsjahrgang sieben Prozent, heute sind es 23 Prozent. Der Anteil der Realschulabsolventen hat sich von einem knappen Viertel im Jahre 1970 auf ein gutes Drittel erhöht. Gleichzeitig ist es gelungen, den Anteil der Hauptschüler ohne Abschluß beträchtlich zu senken. Der Anteil der Arbeiterkinder an den Studienanfängern hat sich von der Mitte der 60er Jahre bis heute von 6,5 auf 16 Prozent erhöht, also mehr als verdoppelt. Besonders deutlich haben die Mädchen unter den Abiturienten aufgeholt: Ihr Anteil hat sich von 37 Prozent im Jahre 1967 auf inzwischen fast 50 Prozent erhöht.

#### Bildungschance ist gleich Berufschance

Die Opposition beklagt diese Erfolge. Sie meint, es bekämen zu viele Menschen ein zu hohes Bildungsniveau. Demgegenüber muß daran erinnert werden, daß in den Jahren der Hochkonjunktur sich um jeden, der eine qualifizierte Ausbildung absolviert hatte, mehrere Firmen oder auch der öffentliche Dienst bemühten, um ihn einstellen - gleichviel, ob er ein Facharbeiter, Absolvent einer Fachschule, Fachhochschule oder Universität war. Die Gleichung: Bildungschance ist gleich Berufschance und Einkommenschance ging auf. Niemand konnte und wollte in dieser Situation junge Menschen darauf hinweisen, daß dies einmal anders sein könnte.

Damit soll nicht bestritten werden, daß in Bildungspolitik und Bildungsplanung auch Fehler gemacht worden sind. Das geschieht jedoch nicht nur in der Bildungspolitik, sondern ebenso in anderen Politik-Bereichen. Unter die Versäumnisse der Bildungspolitik ist vor allem die Vernachlässigung der beruflichen Bildung zu zählen. Die Bildungsreform hat sich im wesentlichen auf die weiterführenden und allgemeinbildenden Schulen konzentriert und die berufsbildenden Schulen lange Zeit zu stark vernachlässigt. Unterhalb von Abitur und Studium fehlt unserem Bildungs- und Ausbildungssystem ein differenzierendes Angebot von gehobenen berufsorientierten Qualifikationen. Abitur und Studium wurden auf diese Weise zu einer allzu breiten Einbahnstraße. Hier sind zweifelsohne Korrekturen notwendig; sie sind in den letzten Jahren aber bereits weithin erfolgt.

In diesem Zusammenhang ist ein Wort zum Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem notwendig: Dabei darf zunächst eines nicht übersehen werden; Wesen und Entwicklungstendenzen beider Systeme sind nicht identisch. Sie können weder gleich bewertet noch gleich gesteuert werden. Während es die Beschäftigungspolitik vielfach mit kurzfristigen Verläufen zu tun hat, geht es in der Bildungspolitik um die Lebensentscheidungen von jungen Menschen. Diese unterschiedlichen Zeithorizonte müssen berücksichtigt werden. Es kann nicht Aufgabe der Bildungspolitik sein, das Bildungsangebot auf die kurz- oder mittelfristigen Anforderungen beim Übergang in das Beschäftigungssystem zu begrenzen. Das in der Verfassung geschützte Grundrecht der freien Wahl von Ausbildungsstätte und Beruf erlaubt eine derartige Begrenzung nicht. In einem sozialen Rechtsstaat



kann man den Drang nach Bildung nicht einfach umkehren, lassen sich Bildungschancen nicht kontingentieren. Denn Bildung und Ausbildung dienen nicht nur der Berufsvorbereitung, sondern sind auch ein persönliches und politisches Gut.

Bei Anerkennung dieser Grundsätze ist allerdings eine bessere Abstimmung zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem anzustreben. Dabei geht es um die Frage, wie man auf den verschiedenen Wegen erreichen kann, möglichst vielen Menschen eine Chance zu geben und die Enttäuschungen so gering wie möglich zu halten. Das bedeutet sowohl für die Bildungspolitik als auch für die Beschäftigungspolitik, die wahrscheinlichen Risiken, die sich im Laufe eines 30- bis 40jährigen Berufslebens für den einzelnen ergeben können, zu kalkulieren.

Hinzu kommt etwas anderes: Alle Erfahrungen im In- und Ausland zeigen, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit mit wachsenden Qualifikationen abnimmt. Unqualifizierte Kräfte sind also am stärksten von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen. Die Probleme des Arbeitsmarktes werden bisher nicht durch eine qualifizierte Bildung, sondern durch eine zu große Zahl von nicht ausreichend qualifizierten Kräften verschärft. Das Risiko der "Unterqualifikation" ist daher höher einzuschätzen als das Risiko der "Überqualifikation".

#### Trend zu besserer Bildung und Ausbildung fortsetzen

Man muß sich auch darüber klar sein, daß die geburtenstarken Jahrgänge keine Last sind. Die Zahl der Schulabgänger wird nur für einen begrenzten Zeitraum steigen; dann werden auf nicht abschärbare Zeit geburtenschwache Jahrgänge die Schulen verlassen und in das Arbeitsleben eintreten. Die starken Jahrgänge müssen also neben den schwächeren Jahrgängen am Ende dieses Jahrhunderts für unsere Wirtschaftskraft und unsere soziale Leistungsfähigkeit sorgen. Diese Jugendlichen brauchen daher nicht geringere, sondern bessere Qualifikationen, wenn sie sich in der schwierigen Wettbewerbssituation mit Jüngeren und Älteren behaupten wollen und wenn sie nicht doppelt benachteiligt werden sollen. Gerade wenn man die Forderung nach einer besseren Berücksichtigung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erfordernisse auf lange Sicht in der Bildungspolitik ernst nimmt, muß es auch unter den Aspekten des Arbeitsmarktes als falsch angesehen werden, den Trend zu besserer Bildung und Ausbildung zu stoppen.

In dieser Situation kommt es darauf an, die durch unsere Politik erreichte Öffnung des Bildungswesens weiterhin für Benachteiligte zu sichern und auszubauen. Das verantwortungslose Spiel der CDU/CSU mit der Angst der Jugendlichen und ihrer Eltern um Ausbildungs- und Arbeitsplätze darf nicht zu einer Restauration alter Bildungsprivilegien führen. Bildung soll und muß mehr als ausschließlich auf den Arbeitsmarkt bezogene Qualifikationen schaffen. Deshalb müssen wir uns gegen eine ausschließliche Orientierung von Bildung an den kurz- und mittelfristigen Interessen von Wirtschaft und Verwaltung wenden. Bildung soll und muß auch vorbereiten auf das Leben in und mit der Familie, in der Freizeit, als Kollege am Arbeitsplatz, als politisch aktiver Bürger in unserer Gesellschaft.

Nun kann es allerdings keinem Zweifel unterliegen, daß die Bildungspolitik seit Mitte der 70er Jahre zunehmend mit Schwierigkeiten konfrontiert wurde. Dafür waren - bedingt durch die einsetzende Rezession - nicht nur finanzielle und wirtschaftliche Gründe maßgebend. Hier ist auch die falsche Einschätzung des Zeitfaktors zu nennen; die Spannung zwischen Erwartung und Wirklichkeit konnte nicht überbrückt werden. Hinzu kam, daß die Theorie- und Abstraktionssucht, die alles in System und Aktion einzupassen suchte, die Eigengesetzlichkeit der Dinge verkannte und damit ebenfalls eine nicht überbrückte Kluft zwischen Ziel und Wirklichkeit aufriß. Bei dem ohnehin gestörten Theorie-Praxis-Verhältnis der Deutschen konnte die Gegenbewegung, die "Tendenzwende", nicht ausbleiben: Die Theorie wurde recht pauschal als abgewirtschaftet erklärt und oft durch einen allzu vordergründigen politischen Pragmatismus abgelöst.



Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang noch einen kurzen Blick auf den Bildungsgesamtplan von 1973 zu werfen. Bund und Länder fanden sich damals in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung zu einem, wie man gewiß meinte, tragfähigen Kompromiß für die zukünftige bildungspolitische Entwicklung zusammen. Nicht unerheblich aber scheint es mir zu sein, daß der Bildungsgesamtplan das bildungspolitische Ziel der Freiheit der Wahl von Ausbildung und Beruf an keiner Stelle wieder aufnimmt. Auch der bildungspolitische Grundsatz der Chancengleichheit fehlt im Bildungsgesamtplan; das Problem der Chancengleichheit wird lediglich in wenigen Sätzen genannt und zu einer Leitgröße für "Kompensation individuell oder vom Milieu bedingter Behinderungen" verkürzt. Die Tatsache, daß 1975 der deutsche Bildungsrat und vor allem seine Bildungskommission auf Wunsch einiger Bundesländer ihre Arbeit, die entscheidend für eine tragfähige Konzeption der Reformen war, einstellen mußte, zeigte an, daß sich restriktiver Kurs für die Bildungspolitik mehr und mehr durchgesetzt hatte. So kam es dahin, daß wichtige Ziele unserer Bildungsreform nicht in dem Maße verwirklicht werden konnten, wie wir uns das ursprünglich gedacht hatten. Die "bildungspolitische Zwischenbilanz" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von 1976 zeigt einige dieser Defizite auf:

- Der Anteil nicht versetzter Schüler an der Schülergesamtzahl ist in allen Schularten mit Ausnahme der Grundschulen von 1965 bis 1972 beträchtlich angestiegen und steigt nach Aussage der bildungspolitischen Zwischenbilanz weiter an. Das bedeutet: Soziale Auslese statt individueller Förderung.
- Die Entwicklung von Bildungsgängen in der Oberstufe, die mit einer beruflichen Ausrichtung auch den Weg zur Hochschule eröffnen, ist nicht vorangekommen. Die Ausbildung ist auf die rein studienbezogenen gymnasialen Bildungsgänge beschränkt geblieben. Das bedeutet: geringe Durchlässigkeit.
- "Soziale Ungleichgewichte im Bildungswesen bestehen nach wie vor." An der Chancengleichheit hat sich, so belegt die bildungspolitische Zwischenbilanz, in den 70er Jahren im wesentlichen nichts verändert: Das dreigliedrige Schulsystem konnte nicht aufgehoben bzw. verändert werden, die Gesamtschulentwicklung ist, mit Ausnahme einiger Bundesländer, nicht wesentlich vorangekommen: "Die Gesamtschule...bisher in fast allen Ländern noch in der Versuchsphase." 1976 besuchten lediglich zwei Prozent aller Schüler an allgemeinbildenden Schulen eine Gesamtschule. Die Einführung der Orientierungsstufe mußte weiter verschoben werden.

Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß es vor allem die CDU/CSU ist, die die Weiterentwicklung des Bildungswesens mit dem Ziel der Öffnung für alle und die Weiterentwicklung der Gesamtschule in der Bundesrepublik und in den einzelnen Bundesländer behindert hat. Ich weise nur auf die Kampagne der Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen gegen die kooperative Gesamtschule hin und darauf, daß wir immer noch nicht wissen, ob ab 1981 die Abgänger von Gesamtschulen in den SPD-reglierten Ländern ihre Zeugnisse auch in CDU-reglierten Ländern anerkannt bekommen. Offenbar versteht doch die CDU ihre hochgepriesene Freiheit so, als ob das dreigliedrige Schulsystem unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse und damit weiterhin festgeschrieben werde, daß auch in Zukunft die Kinder begüterter und besser ausgebildeter Eltern Berufe ergreifen können, in denen sie ebenfalls begütert und besser gestellt sind, während die Kinder aus schlechter gestellten Haushalten wiederum schlechter gestellte Haushalte gründen sollen. Warum sonst stellt sich die CDU gegen unser Konzept der Gesamtschule, das, wie auch Untersuchungen eindeutig bewiesen haben, zu mehr Chancengleichheit beiträgt? (-/14.4.1980/vo-he/ca)



**Wo bleibt der Hilferuf der CDU?**  
-----

Zur Enthüllung des zweiten Teils der Wienerwald-Rede des CSU-Vorsitzenden

Von Peter Schellschmidt

Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

Wer immer noch letzte Gewißheit über die Person und den Politiker Franz Josef Strauß gesucht hat, dem kann jetzt geholfen werden. Der "Spiegel" veröffentlicht in seiner neuesten Ausgabe den zweiten, bislang unbekanntem Teil seiner berüchtigten "Wienerwald-Rede" vom 29. November 1976 vor dem Landesausschuß der Jungen Union Bayerns. Dieser zweite Teil der "Wienerwald-Rede" erfordert eine Feststellung und zwei Fragen.

Die Feststellung: Die CDU müßte sich überlegen, die Schiedskommission aus dem Wahlkampfabkommen gegen Herrn Strauß anzurufen.

Erste Frage: Stimmt das, was der "Spiegel" schreibt?

Zweite Frage: Was verschweigt Herr Strauß über die CDU/CSU?

Sozialdemokraten sollten sich hüten, CDU-Politiker oder die CDU insgesamt mit ähnlichen Verbalinjurien zu belegen, wie Strauß es tut. Vermutlich wäre eine Flut von Beleidigungsklagen die Folge. Kohl würde es sich wohl kaum gefallen lassen, von der SPD beschimpft zu bekommen, daß er "total unfähig" sei, daß ihm "die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen" fehlen. Und die CDU wäre vermutlich zutiefst beleidigt, wenn die SPD sie als "Schranzenhaufen", "politische Pygmäen" oder auch als "Postenjäger und Schwätzer" einstufen würde (das Taktgefühl gegenüber einem schwer erkrankten Politiker verbietet es, daß Strauß-Urteil über Köppler hinzuzufügen).

Dies ist nur eine kleine, aber nicht willkürliche Auswahl aus den Strauß-Urteilen über die CDU und ihre Repräsentanten. Und der CSU-Vorsitzende meint selbst, noch nicht alles gesagt zu haben: "Wenn ich alles sagen würde, was ich weiß, dann kann die CDU/CSU einpacken."

Bemerkenswert ist die Strauß-Nachlese aber vor allem deswegen, weil er exakt schon 1976 Mittel und Methoden beschreibt, mit denen er in den folgenden Jahren die CDU erfolgreich auf seinen Rechtskurs gepreßt hat. Wenn die CDU nicht kuscht, so sagte er Ende 1976, "werde ich im Norden der Bundesrepublik eine Freiheitliche Deutsche Volkspartei ausrufen". Strauß brauchte nicht, die CDU kuschte.

In welchem Maße die CDU und ihre Repräsentanten dabei Selbstachtung und Identität aufgegeben haben, wird deutlich, wenn man einerseits nachliest, was Strauß über sie denkt, und dann andererseits vergleicht, wie dieselben Politiker heute Ergebnissadressen gegenüber Strauß absondern. Erwachsene Politiker, die sich derartige Demütigungen von einem Partei-"Freund" (!) gefallen lassen, müssen in der Tat gefragt werden, ob sie "die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen" für politische Führungsämter mitbringen.

Übrigens Strauß am 29. November 1976: "Und ich sage Euch jetzt hier verbindlich: Ich will nicht und werde nie Kanzler werden." Wohl gesprochen, ihm kann geholfen werden.  
(-/14.4.1980/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Die Erwähnung der Aktion "Gemeinsam gegen rechts - stoppt Strauß jetzt" im bayerischen Verfassungsschutzbericht ist nach Meinung des IG Druck und Papier-Vorsitzenden Leonhard Mahlein "rechtswidrig" und "ein politischer Skandal". In dem hier dokumentierten Brief an den bayerischen Innenminister Tandler weist Mahlein dessen Standpunkt zurück, auch künftig "solche Volksfrontaktionen" beobachten zu lassen. Der Gewerkschaftsvorsitzende hatte Tandler aufgefordert, die Aktion "Gemeinsam gegen rechts" nicht mehr in Verfassungsschutzberichten aufzuführen, weil es sich hier um eine Initiative handle, die sich "im Rahmen des in unserer Demokratie zulässigen und notwendigen Meinungskampfes" bewege. Dies hatte Tandler am 28. März abgelehnt. Darauf reagierte Leonhard Mahlein am 14. April 1980 mit einem weiteren Brief.

Ein politischer Skandal

An den bayerischen Staatsminister des Innern, Herrn Gerold Tandler, Odeonsplatz 3, 8000 München 22

Betr.: Monatsbericht "Politische Sicherheitslage in Bayern"

Sehr geehrter Herr Minister,

Ihre Antwort vom 28. März fordert in einigen Punkten zu einer Stellungnahme heraus.

Nach dem geltenden Gesetz hat das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im wesentlichen die Aufgabe, Erkenntnisse über solche Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten, die "eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung..." zum Ziele haben. Sie werden mir recht geben, daß allein ein Aufruf "Gemeinsam gegen rechts..." noch keine gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Bestrebung ist. Auch der Umstand, daß sich der Aufruf gegen die Kanzlerkandidatur des amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten richtet, ändert an dieser Lage nichts. Insofern bin ich Ihnen für eine Klarstellung dankbar. Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß gehört noch nicht zum Kernbereich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Lande.

Gleichwohl erweckt der Monatsbericht den Eindruck, als ob bereits die Initiative gegen Strauß zu den Bestrebungen gehört, die auf eine Störung der verfassungsmäßigen Ordnung gerichtet sind. Die Überschrift im vorliegenden Bericht - "Kampagne gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten" - sowie der Text lassen keine andere Deutung zu. Deshalb ändert sich nichts an meinem Vorwurf, daß der vorliegende Monatsbericht in rechtswidriger Weise Beiträge des politischen Meinungskampfes mit dem Vorwurf der verfassungsfeindlichen Bestrebung belegt. Verfassungsschutz gerät mißbräuchlich zum Staats- und Regierungsschutz.

Nunmehr versuchen sie dieses Vorgehen damit zu rechtfertigen, daß es sich bei der Unterschriftenliste um eine "Volksfrontaktion" handle. Aus welchen Gründen eine meines Wissens von Sozialdemokraten und parteilosen Wissenschaftlern, Publizisten und Autoren ins Leben gerufene Initiative als Volksfront-Aktion einzustufen ist, bleibt ihr Geheimnis. Daß unter den Erstunterzeichnern - nicht etwa unter den Initiatoren - auch Mitglieder der DKP sind, reicht sicherlich für das Etikett der "Volksfrontaktion" nicht aus. Oder müssen Bürger dieses Landes in Zukunft damit rechnen, als Verfassungsfeinde



eingestuft zu werden, nur deshalb, weil sie sich an Meinungsäußerungen beteiligen, die - oftmals erst später - auch von Kommunisten unterstützt werden?

Ich bleibe daher dabei: Die Erwähnung des Aufrufs im vorliegenden Monatsbericht über die politische Sicherheitslage in Bayern ist nicht nur rechtswidrig, sie ist ein politischer Skandal. Schließlich treten Sie die Flucht nach vorn an und werfen die Frage auf, warum der DGB und meine eigene Gewerkschaft keine Abgrenzungsbeschlüsse im Verhältnis zur DKP gefaßt haben.

Wer Gewerkschaftsmitglied werden kann, darüber entscheiden die gewerkschaftlichen Organe nach Maßgabe der Satzung. Wir brauchen dazu keine Hilfestellungen von außen - auch nicht von Ihnen, sehr geehrter Herr Minister. Wir sind darüber hinaus besonders sensibel, wenn derartige Empfehlungen von Vertretern einer politischen Partei rühren, die sich in jüngster Zeit durch Spaltungspläne und durch politische Verdächtigungen der Einheitsgewerkschaft hervorgetan hat.

Nach der Satzung der IG Druck und Papier wie auch der übrigen DGB-Gewerkschaften können Marxisten und Kommunisten Mitglied der Gewerkschaft werden, soweit sie sich an Satzung und Beschlüsse halten und die Gewerkschaften nicht bekämpfen. Auch Mitglieder der DKP können Gewerkschaftsmitglied werden.

In diesem Zusammenhang brauchen wir auch keine Belehrung darüber, worin ein Beitrag meiner Gewerkschaft "für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung" liegen könnte. Es waren Gewerkschafter, sehr geehrter Herr Tandler, die vor genau 60 Jahren die Weimarer Demokratie gegen den Kapp-Putsch gerettet haben. Und es waren Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, die die ersten Opfer des braunen Terrors wurden. Diese Erfahrungen haben Pate gestanden, als im Konzentrationslager, im Exil, unter der nationalsozialistischen Verfolgung Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten der unseligen Spaltung schworen und den Grundstein für die Bildung von Einheitsgewerkschaften legten. Und daß die Grundlagen und Ziele der Einheitsgewerkschaft auch heute noch ihre Bedeutung haben, beweisen nicht nur Spaltungsversuche sondern in gleicher Weise die jüngsten Anzeichen eines wiedererstärkenden Neofaschismus bis hin zur Anbiederung maßgebender bundesdeutscher Politiker an Repräsentanten faschistischer Regime im Ausland.

Schließlich waren es die Einheitsgewerkschaften, die einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau unseres Staates und zur Schaffung des Grundgesetzes, einschließlich seines antifaschistischen Auftrags, nach dem Zweiten Weltkrieg leisteten. Die Gewerkschaften brauchen wahrlich ihre Bereitschaft, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, nicht erst unter Beweis zu stellen.

Nachdem Sie in Ihrer Antwort zu erkennen gegeben haben, daß Sie und die Ihnen unterstellten Behörden auch in Zukunft politische Initiativen der vorliegenden Art als verfassungsfeindliche Bestrebungen brandmarken, bleibt kein anderer Weg, als die Angelegenheit vor den Verwaltungsgerichten zu klären. Die IG Druck und Papier hat Herrn Engelmann Rechtsschutz gewährt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

L. Mahlein  
1. Vorsitzender

(-/14.4.1980/ks/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

